



Bundestags- brief

Nr.221 • Die Woche im Bundestag • 02.03.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

CDU-Bundesparteitag sendet klare Signale

Am vergangenen Montag hat der CDU-Bundesparteitag in Berlin zwei klare Botschaften ausgesandt.

Die knapp 100 Delegierten haben mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag beschlossen. Mit der Zustimmung zum Koalitionsvertrag haben nunmehr sowohl CDU als auch CSU ihre Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet.

In einer Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können.

CDU und CSU stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den vergangenen drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass sich Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur auf die Union verlassen können. Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen.

Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen. Der Koalitionsvertrag stellt für diese Arbeit eine gute Grundlage dar.

Die zweite Botschaft verbindet sich mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands. Ihr überragendes Wahlergebnis ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU.

Annegret Kramp-Karrenbauer hat in ihrer Rede auf dem Bundesparteitag deutlich gemacht, dass sie sich der programmatischen Weiterentwicklung der CDU verschrieben hat. Ihre Ankündigung bis zur nächsten Bundestagswahl 2021 ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten, begrüße ich sehr. Bereits ihr Vorgänger im Amt, Peter Tauber, für dessen großes Engagement der vergangenen vier Jahre wir sehr dankbar sind, hat hier erste Akzente gesetzt, auf die es nun aufzubauen gilt.

Internationaler Weltfrauentag am 8. März

Der internationale Weltfrauentag am 8. März ist uns Auftrag und Ansporn zugleich. Er mahnt uns, bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland über das Erreichte hinaus noch weiter voranzukommen.

Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt. Dem öffentlichen Dienst etwa kommt bei der Gleichstellung eine Vorbildfunktion zu. Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen.

Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen.

Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt. Für uns als Union geht die tatsächliche Gleichstellung Hand in Hand mit mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land. Beides voranzubringen ist unser Ziel. Auf unsere Initiative hin haben wir die Familienfreundlichkeit als Leitprinzip im Koalitionsvertrag besonders verankert.

Terroranschlag lückenlos aufklären – Schlussfolgerungen ziehen

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte.

Ziel des ersten Untersuchungsausschusses dieser Wahlperiode ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Hierfür müssen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen anpassen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt.

Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

China bleibt Deutschlands wichtigster Handelspartner

Wie bereits 2016 war die Volksrepublik China auch im vergangenen Jahr der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern, also die Summe aus Im- und Exporten, belief sich 2017 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf 186,6 Mrd. Euro.

Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Niederlande und die Vereinigten Staaten mit gehandelten Waren im Wert von je 177,3 Mrd. und 172,6 Mrd. Euro.

Noch vor zehn Jahren führten Frankreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten die Liste der wichtigsten deutschen Handelspartner an. Während Frankreich von 1975 bis 2014 stets wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik gewesen war, rutschte unser Nachbarland von Rang zwei 2016 nunmehr auf den vierten Platz.

Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr 2017 in die Vereinigten Staaten. Die meisten Waren importierte Deutschland wiederum aus China.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Rekordpassagierzahlen an deutschen Flughäfen

Von den 24 größten deutschen Verkehrsflughäfen starteten 2017 so viele Passagiere wie noch nie zuvor.

Rund 118 Mio. Fluggäste traten 2017 von dort eine Reise an, ein Anstieg um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr. Statistisch gesehen sind dies etwa 322.000 Passagiere pro Tag. Die innerdeutschen Flugzahlen blieben mit 23,7 Mio. beförderten Passagieren nahezu konstant. Dagegen stieg der Flugverkehr ins Ausland, auf den vier Fünftel aller Flüge entfallen, um 6 %. Die beliebtesten europäischen Ziele waren Spanien, das Vereinigte Königreich und Italien. Das größte Wachstum erfuhren mit mehr als 35 % Flüge nach Afrika. Zu diesem trugen steigende Passagierzahlen etwa nach Ägypten und Marokko bei.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)